

BERLINER
ENERGIETISCH:
Danke Berlin!
Anzahl der eingereichten

Unterschriften:
265.000

"Energieversorgung gehört in die öffentliche Hand. Und die Verträge mit Vattenfall laufen jetzt oder erst wieder in 20 Jahren aus. Wir Berlinerinnen und Berliner können durch den Rückkauf

der Stromnetze und den Aufbau eines berlineigenes Stadtwerks per Volksentscheid für eine soziale, demokratische und ökologische Energiewende sorgen." **"Bis 10. Juni brauchten wir 200.000 Unterschriften."** www.berliner-energietisch.net/ DIE LINKE Berlin sammelte rund 48.000 Unterschriften. Vielen Dank an alle freiwilligen Bürgerinnen und Bürger. Danke an die Genossinnen und Genossen und an alle anderen, die gemeinsam zu den vielen Unterschriften beigetragen haben, auch indem sie Unterschriftenlisten bei uns abgaben. Danke für Euer starkes Engagement und dafür, dass Ihr sowohl an kalten und heißen Tagen, bei Regen und Gewitter, als auch an Wochenenden Eure Zeit geopfert habt. Vielen Dank!

Türkei in Kriegsstimmung

Als ob die von Deutschland und USA gelieferten Patriotraketen an die syrische Grenze nicht reichen würden. Die türkischen Nachrichten ADANA berichteten anfang Mai über die Festnahme von Mitgliedern der "Al Nusra" Gruppe in Reyhanli, im Süden der Türkei (nahe des syrischen Idlib). Diese seien im Besitz des chemischen Sarin u. anderer Waffen gewesen und angeblich auch für jenes Attentat in Reyhanli verantwortlich, welches viele Verletzte und Tote mit sich brachte. Zudem sollen in der letzten Aprilwoche syrische "Patienten" aus Idlib in das Staatskranken-

Die Erstürmung des Taksim-Platzes



Fotos Yucel Tunka, u. Osman Orsal/ Reuters

Die Erstürmung des Taksim-Platzes im Zentrum Istanbuls durch türkische Polizeikräfte am Dienstagmorgen, den 11. Juni 2013) ist eine erneute Provokation des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan. Man spricht schon von Toten und Schwerverletzten durch den Polizeieinsatz. (...) Die Livebilder zeigen den ganzen Taksim-Platz unter Rauchwolken wegen des massiven Gaseinsatzes. Die Protestierenden demonstrieren friedlich für ein Ende der Polizeigewalt und rufen: Das ist erst der Anfang! **Taksim ist überall. Überall ist Widerstand!**

Sevim Dagdelen, Sprecherin der Linksfraktion für Internationale Beziehungen

Ich gehe wählen, weil Interventionen und Waffeneinsätze verhindert werden müssen! DIE LINKE!



haus von Reyhanli eingeliefert worden sein. Laut Zeugenaussagen, wären sie von "ausländischen Aufständischen" mit einem Pulver bestreut worden, als "Patienten" gefangen genommen und in die Türkei entführt worden sein. Widerstand vor Ort (Türkei) wird verschwiegen. Aber vom Aufstand um den Gezi-Park und am Taksim Platz ist nicht mehr zusehen. Die Medien stimulieren den Krieg in der Region weiter. Mehrere Bilder zeigen zivile, bewaffnete junge Männer neben der Polizei und erinnern damit an die Putschzeiten in Lateinamerika. Quelle: *DTN am 6.05.13: UN-Beobachter(...); 14.05., JW: "Das Vorgehen der türkischen Regierung (...)" von Sevim Dagdelen. SANA, ADANA, JW. gi.*



50 Jahre (verfehlte) Stadterneuerung

Rathaus öffnen

Hier kurze Hinweise, wie man (derzeit) die Rathaus-Politik im Bezirk direkt beeinflussen kann. Der Arbeitskreis Kommunales und die Verordneten von DIE LINKE beraten und unterstützen Sie/Dich gerne dabei.

Einwohnerfragen zur BVV: Zu jeder BVV-Sitzung können Einwohnerinnen und Einwohner am Anfang der Sitzung Anliegen öffentlich machen und eine Antwort vom Bezirksamt abfordern.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba.templehof-schoeneberg/politik/bvv/frage.html>

Bürgerbegehren und Bürgerbescheid:

Grundsätzlich sind Bürgerbegehren zu allen Themenbereichen möglich, in denen die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlussberechtigt ist.

Näheres: http://www.berlin.de/ba-templehof-schoeneberg/info/mehr_demokratie.html

Eingaben und Beschwerden:

Probleme mit Entscheidungen der Verwaltung können als Petition an den BVV-Ausschuss eingereicht werden.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba-templehof-schoeneberg/politik/bvv/formular.php>

Bürgerbeteiligung bei Bebauungsplänen:

Bei neuen Bebauungsplänen sind Interventionen möglich.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba-templehof-schoeneberg/organisationseinheit/planen/bebauungsplaene.html>

BVV-Sondermittel:

„Zuschüsse für Vereine, Bürgerinitiativen und Projekte aller Art“.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba-templehof-schoeneberg/politik/bvv/wissen.html>

„Stadt im Umbruch gestern, heute und morgen“ war das Thema der Veranstaltung, die DIE LINKE am 29. April im Abgeordnetenhaus anbot. Anlässlich des Jahrestages von 50 Jahren Stadterneuerung (1. Westberliner Stadterneuerungsprogramm) trafen sich viele Interessierte und Experten aus Politik, Verbänden und Initiativen, um neben einem Rückblick auch über Perspektiven der Stadterneuerung zu diskutieren. Zu Wort kam u.a. Prof. Bodenschatz (ehem. Leiter im Fachbereich Architektursoziologie) von der TU Berlin, der der bisherigen Stadtplanung, dem Versuch einer Stadterneuerung bis 2030, keine guten Noten gab. Berlins Stadtplanung nannte er eine Unkultur; die verantwortlichen PolitikerInnen seien auf Halsstarre eingestellt gewesen. Mit dem damaligen Beschluss zur Flächensanierung von Gründerzeitquartieren wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der bis in die heutige Zeit die Stadtentwicklung prägt. Dank des Geldes aus Bonn wurde in den 60er Jahren ein Kahlschlag praktiziert. Erst eine starke Hausbesetzerbewegung konnte die unsäglich Vernichtung von Wohnraum stoppen. Ganze Straßenzüge kamen unter den Hammer, gewachsene soziale Vielfalt wurde zerstört. Der Abriss von Häusern stand im Vordergrund und hinterließ verödete Innenstadtbezirke. Ziel war ein Gegenbild zu den sogenannten Mietskasernen zu schaffen. Zwar gab es damals von Seiten der Bevölkerung den Wunsch nach mehr Komfort in den Wohnungen, dies hätte jedoch auch am Bestand geschehen können. Die entstandenen Neubauwohnungen waren dann in der Regel eher funktional ausgestattet und die Miete drei Mal teurer als zuvor. Nach dem Fall der Mauer setzte sich das Stadterneuerungsprogramm auch im Ostteil Berlins fort. Jetzt nicht

mehr gezielt mit Abriss, sondern mit Luxus-Modernisierung. Die Konsequenz war, dass sich beispielsweise im Stadtteil Prenzlauer Berg die Bevölkerung bis zu 90% austauschte. Gab es bis 2006 noch eine Mietobergrenze in Sanierungsgebieten, ist es nun für die von Sanierung betroffenen Mieter noch schwieriger, die anschließend höhere Miete zu zahlen. Die Mietobergrenze, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung, die private und städtische Wohnungsbauunternehmen in die Pflicht nahm, war ein wichtiges Steuerungsinstrument gegen explodierende Mieten. Heute müssen andere Instrumente (wie beispielsweise Erhaltungssatzung, Schutz vor Zweckentfremdung oder Milieuschutz) greifen, um Wohnraum zu erhalten und vor Luxussanierung zu schützen. Auch heute führt wenig behutsames Vorgehen, im Hinblick auf Bewohnerstruktur, eigentlichen Bedarf und Kosten, bei der Stadterneuerung vor allem zur sozialräumlichen Spaltung der Quartiere. Besonders Mieter in den Innenstadtbezirken haben große Sorge, wenn sie das Wort Sanierung hören, denn dies bedeutet vor allem eine starke Mieterhöhung oder Verdrängung. Dabei spielt die Qualität keine Rolle mehr: Eine Vertreterin der ASUM (Angewandte Sozialforschung und urbanes Management) sprach von billiger und schlechter Modernisierung. Ab 1994 und dann wieder ab 2000 kam es gehäuft zu Privatisierungen von Wohnraum; so gibt es nur noch begrenzt kommunales Eigentum, aber auch der Verkauf von Wohnungen wurde salonfähig, sowie bei Neubauvorhaben die generelle Einplanung von Eigentumswohnungen. Je mehr dem Markt die Wohnungspolitik überlassen wird, desto geringer ist die Chance, eine günstige und angemessene Wohnung zu bekommen.

Elisabeth Wissel

Zahlen, Fakten, Fotos



Montag 8. Mai 2013: "Keine Bühne für Y. Sanchez, in Berlin! Solidarität mit dem sozialistischen Kuba!" Kundgebung vor dem Berliner Instituto Cervantes, wo die "Bloggerin" auftrat.

Wer etwas über die ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Kuba erfahren will, hat es schwer: Die dominierenden Medien präsentieren uns einen Mix aus Lügen und Halbwahrheiten und verschweigen wichtige Informationen und Zusammenhänge.

Sie beschuldigen die sozialistische Insel der Verletzung von Menschenrechten und hofieren die so genannten Dissidenten. Diese Art Berichterstattung lässt zudem wenig Platz für positive Meldungen. Wir bieten deshalb **Vorträge zum Thema Kuba** an. Mit aktuellen Zahlen, Fakten und Fotos wollen wir ein realistisches Bild über das Land vermitteln. Unsere Referenten kennen Kuba sehr gut aus eigenem Erleben und werden in einer anschließenden Gesprächsrunde auf die Fragen der Gäste eingehen. Wir freuen uns auf Euer Interesse. Ladet uns ein!

www.cuba-si.org
berlin@cuba-si.org

Cuba si

http://www.dielinke-templehof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

BVV am 15. Mai 2013

Bedarf an Kitaplätzen ist im Süden größer als derzeitiges Angebot

In der Großen Anfrage (Drs. 668) ging es u.a. um den Bedarfsatlas an Kitaplätzen und um mögliche Aus- und Neubaumaßnahmen. Die CDU richtete ihre Kritik an das Bezirksamt, wonach eine dramatische Unterversorgung in Lichtenrade vorherrsche. Demnach weise Lichtenrade ein Platzdefizit auf, wo mehr Kinder versorgt werden müssten. Insgesamt gäbe es in unserem Bezirk, laut Zander-Rade (Grüne), über 150 Kinder in der Warteliste. Obwohl das Kitaausbauprogramm Sache der Landesebene ist, hätte das Bezirksamt verstärkt auf die dringende Notwendigkeit an Kitaplätzen reagieren müssen. Kinder- und Jugendarbeit sollten eigentlich höchste Priorität haben. Stadtrat Schworck (SPD) versuchte mit fadenscheiniger Begründung, eigene Versäumnisse zu kaschieren, indem er von Schwierigkeiten, geeignete Gebäude und das nötige Fachpersonal zu finden, sprach. DIE LINKE meint dagegen, dass es genug landeseigene Gebäude und bei vernünftiger Bezahlung auch das nötige Fachpersonal gibt.

Für eine Registerstelle zur Erfassung von rechtsmotivierten Vorfällen im Bezirk

Der Antrag der SPD (Drs. 686), rechte, rassistische, antisemitische und homophobe Vorfälle in einer Registerstelle festzuhalten, führte zu heftigen Kontroversen. Die SPD begründete ihren Antrag mit der Zunahme rechter, rassistischer Gewalt, während ein Teil der Grünen sich eher mit dem Vorschlag der CDU arrangierte. Diese hatte einen Änderungsantrag mit der Forderung eingebracht, auch linksextremistische Vorfälle zu erfassen. Die Abgeordnete von DIE LINKE machte deutlich, dass das Problem rechts und nicht links liege. Es sind Rechte, die Menschen rassistisch be-

drohen, zu Tode prügeln oder sonst wie ermorden. Über 1000 rechte Gewalttaten im Jahr und mehr als 160 Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt gibt es seit 1990. Besonders im Westen, auch in unserem Bezirk, haben derartig motivierte Gewalttaten zugenommen. Eine Registerstelle könnte zur Sensibilisierung für diese Probleme beitragen, die Gewalt- und Diskriminierungsoffer unterstützen und die Politik zum dringenden Handeln auffordern.

Drohende Kitaverdrängungen durch überbelegte Gewerbemieten

In einer Mündlichen Anfrage der Abgeordneten Zander-Rade (Grüne), bezogen auf eine Pressemitteilung von Verdrängung betroffener Eltern, wurde nachgefragt, wie viele Fälle von Verdrängung durch überhöhte Kita-Mieten es in unserem Bezirk gibt. Dazu konnte Stadtrat Schworck nicht detailliert antworten, nur allgemein, „die erhobenen Mieten entsprechen nicht immer dem Kostenblatt“. Zander-Rade sprach von Verdrängungskämpfen gerade in Innenstadtbereichen, und besonders für kleine Kitas würde die Finanzierung immer schwieriger werden. Dies hätte möglicherweise zur Konsequenz, dass entweder die Eltern finanziell stärker belastet würden oder an Personal eingespart werde. Die Forderung war, dass über den Senat eine Lösung gefunden werden müsse. Bisher sieht es jedoch nicht so aus, dass der Senat die Mietenspekulation, wovon natürlich auch Gewerberäume betroffen sind, in den Griff bekommen will. Für jeden sichtbar ist der frapierende Gewerberaumleerstand, gerade auch in den Innenstadtbereichen.

Elisabeth Wissel

Unsere Bezirksverordneten



Elisabeth Wissel

Telefon: 01577 34 62 721
wissel.elisabeth@googlemail.com



Harald Gindra

Tel: 01525 45 25 000
Linke.bvv.ts@googlemail.com

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Büro und Erreichbarkeit im Rathaus Schöneberg, Raum 2115

Tel: 030/ 90 2 77 4898

Sprechstunde:
Mittwochs 15 - 17 Uhr

Arbeitskreis

Kommunales (AKK)

In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der AKK unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.

Akk-Termine:

Sitzungsvorbereitung:

Fr. 19.07., um 18 Uhr, u.

am Mo. 17.06., 2.08. um

19 Uhr im Rathaus Schöneberg, Raum 2115.

Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

Die nächste öffentliche

BVV-Sitzung findet am Mi.

02.08.2013, 17 Uhr, im

Rathaus Schöneberg, BVV-

Saal statt.

3

DIE LUPE Juni-Juli 2013

Besserer Mieterschutz auch für diesen Bezirk!



DIE LINKE fordert schon seit 2011 eine Zweckentfremdungsverordnung für Berlin. Diese

wäre ein wirkungsvolles Mittel gegen Luxusanierungen, Umwandlungen in Eigentumswohnungen oder Zweckentfremdung durch gewerbliche Nutzung (wie Ferienwohnungen). Sie könnte zumindest die weitere Verknappung von preisgünstigen Wohnungen dämpfen (mehr nicht!).

Nun die Mitteilung des „Ankündigungs-Meisters“: „Senat bringt Entwurf des Zweckentfremdungsverbot-Gesetzes auf den Weg“ (7.5.13) - ohne genaue Angaben.

Die zuständige Stadträtin in Tempelhof-

Die BVV-Drs. sind unter: <http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/bvv-online/allris.net.asp>

Schöneberg, Dr. Klotz, hat darauf hingewiesen, dass sich die Situation in Schöneberg verschärfen könnte. Nach ihren Informationen, denen auch die SPD-BVV-Fraktion nicht widersprochen hat, ist geplant nur die innerstädtischen Nachbarbezirke einzubeziehen. Also Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg. Schöneberg bliebe dann der einzige Innenstadtbereich in dem Eigentumsumwandlung und Vermietung als Ferienwohnungen weiter grenzenlos möglich wären. Die Begehrlichkeit für derlei Geschäfte würde sich auf diesen Bereich besonders konzentrieren und Verdrängung von Menschen mit kleinen Einkommen noch beschleunigen.

Fragen sie nach bei den Abgeordneten von SPD und CDU im Abgeordnetenhaus und BVV.

DIE LINKE fordert die Zweckentfremdungsverordnung auf das ganze Stadtgebiet auszudehnen!

H. Gindra

Schöneberger Mai-Fest



Bei gutem Wetter hatte DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg am Samstag und Sonntag, den 4. und 5. Mai 2013, ein diskussionsreiches Wochenende auf dem Schöneberger Maifest 2013, auf der Freiherr-vom-Stein-Straße, mit vielen Gästen und verschiedenen Aktionen. **Azize Tank**, Kandidatin für DIE

Griechen verbreitet würden. **Kurt Neumann**, EU-politischer Berater der Bundestagsfraktion DIE LINKE, erläuterte die Ursachen der Krise und stellte alternative Lösungsansätze vor. Am Sonntag stand zunächst die **Mieterverdrängung im Vordergrund**. Darüber und wie man sich dagegen zur Wehr setzen kann, sprachen

LINKE Tempelhof-Schöneberg, moderierte die Veranstaltungen. Auf der ersten Veranstaltung zur Euro-Krise sprach **Lampros Savvidis**, Kandidat für DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf, über die Lügen, die hierzulande über Griechenland und die

Uwe Doering, MdB, Fraktion Die Linke im Abgeordnetenhaus von Berlin, **Tania Richter**, Mieteraktivistin in Schöneberg, und **Harald Gindra**, Verordneter von DIE LINKE in der BVV Tempelhof-Schöneberg (siehe Bild). Abschließend diskutierte **Eberhard Schultz**, Berliner Menschenrechtsanwalt, als erfahrener Jurist kritisch die Aussichten auf den NSU Prozess. DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg und Azize Tank freuten sich über regen Zuspruch der Fest-Besucher.

Solid Südwest und **Bärbel Holzheuer-Rothensteiner** sammelten mit uns Unterschriften für den Energetisch. DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf, die Basisorganisation Arbeit und Soziales, die Basisorganisation Schöneberg, der Arbeitskreis Kommunales, Wahlaktiv, der Bezirksvorstand und viele weitere Mitglieder unterstützten den Stand und die drei Veranstaltungen, die parallel zum Stand liefen. Vielen Dank an Euch für Eure kräftige Unterstützung.

Diskussionsveranstaltung von DIE LINKE auf Schöneberger Maifest: Menschenrechtsanwalt diskutierte mit zahlreichen Interessierten über NSU-Prozess

Der Berliner Menschenrechtsanwalt **Eberhard Schultz** berichtete am 5. Mai im Rahmen des Maifests neben dem Rathaus Schöneberg über den Jahrhundertprozess zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), der sich anfangs aus dem von Staatsgeldern finanzierten Thüringer Heimatbund zusammensetzte. Diese Thüringer Kameradschaft, bestehend aus drei Neofaschisten, verkaufte nachweislich Ende der 1990-er Jahre deutschen Geheimdienstlern vier Monopoly-ähnliche Brettspiele mit NS-Emblemen („Pogromly“ genannt, vgl. Süddeutsche Zeitung vom 19.12.2012) und machte bereits 1997 mit öffentlichen Aktionen etwa in Jena auf sich aufmerksam, als sie einen Koffer mit Rohrbombe und Hakenkreuz auf den Jenaer Theatervorplatz stellte – damals intervenierte das Landeskriminalamt, doch das Trio konnte rechtzeitig „untertauchen“ (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 15.11.2012) und blieb weiterhin unbehelligt...

Eberhard Schultz beleuchtete verschiedene zentrale juristische und menschenrechtliche Aspekte und hob die

Unterschiede zu den früheren Jahrhundertprozessen hervor: Inkompetenz, Verharmlosung und Vertuschung sowohl bei Strafverfolgern als auch bei der Justiz, kurz „Staatsversagen“ charakterisiere diesen NSU-Prozess. Die Möglichkeit, durch dieses Verfahren die Verstrickung staatlicher Stellen heraus zu bekommen und Gerechtigkeit herzustellen, hat Eberhard Schultz kritisch eingeschätzt. Er stellte bei dieser von DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg organisierten Veranstaltung die Notwendigkeit, den Verfassungsschutz aufzulösen und den Rassismus der Mitte sowie der Institutionen zu bekämpfen, in den Mittelpunkt seines Vortrags. Die lebhafteste Diskussion wurde moderiert von der Direktkandidatin der LINKEN zur Bundestagswahl in



Tempelhof-Schöneberg, Azize Tank. Eberhard Schultz ist Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte - <http://ilmr.de/> - und der Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation - <http://www.soziale-menschenrechtsstiftung.org/>

Tobias Baumann

Die EURO-KRISE und die Folgen - Was fordert DIE LINKE?

• Was sind die Ursachen?

Unmittelbarer Auslöser der Banken- und Finanzkrise war die „Subprime-Krise“ in den USA, ausgelöst durch die massenhafte Vergabe unzureichend abgesicherter Hypothekenkredite. Es folgten dann „Verbriefungen“ dieser minderwertigen Hypothekenkredite und ihre übertrieben positive Bewertung durch die dafür gut bezahlten „Ratingagenturen“. Da viele Banken – auch in den Ländern der EU – große Mengen solcher „Schrottpapiere“ aus den USA gekauft hatten, gingen sie „pleite“ oder wurden in ihrer großen Mehrzahl durch finanzielle Unterstützungen der jeweiligen Staaten „gerettet“.

Diese Bankenkrise wurde durch die starken finanziellen Belastungen aus der „Bankenrettung“ zur Finanzkrise der Staaten. Diese Finanzkrise wurde zugespitzt und weiter verstärkt durch die bestehenden starken ökonomischen Ungleichgewichte zwischen den unterschiedlichen Wirtschaften der Mitgliedstaaten der EU: Die rotgrüne Politik des „Lohndumping“ mit „Hartz IV“ und „Agenda 2010“ hatte die Lohnstückkosten der deutschen Wirtschaft drastisch gesenkt. Auf der Grundlage der gemeinsamen Währung – ohne Abwertungsmöglichkeiten – waren immense Exportüberschüsse bei entsprechend starker Verschuldung der Importländer die Folge.

• Wer trägt bis jetzt den Schaden?

Bisher haben nur wenige Kreditinstitute und Anleger Geld verloren, und zwar beim Schuldenschnitt in Griechenland. Vorher hatten sie aber mit hohen Zinsen saftige Gewinne eingefahren.

Im Übrigen sind bislang weder für die sich verbürgenden Staaten noch ihren Bürgerinnen und Bürger (Steuerzahler) direkte Belastungen in nennenswertem Umfang entstanden. Können die Kredite aber nicht gezahlt werden, dann haften allerdings die Geberstaaten und die ihre Steuerzahler müssen „bluten“.

• Was ist zu ändern?

Die Übernahme von Bankschulden durch die jeweiligen Staaten muss auch für die Kreditinstitute abgeschafft werden, die als „systemrelevant“ bewertet werden. Haften müssen zukünftig immer die Anteilseigner und die großen Anlagegläubiger der Banken, die aus den riskanten Geschäften der Banken riesige Profite

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/



erzielen. Auch hier muss der Grundsatz gelten: Wer die Gewinne hat, trägt auch das Risiko!

Prinzipiell müssen die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den EU-Mitgliedstaaten durch eine demokratisch koordinierte Wirtschaftspolitik überwunden werden. Das erfordert in Deutschland eine höhere Entlohnung – vor allem im Bereich der prekären Arbeitsverhältnisse und der chronisch niedrigen Arbeitsentgelte – und steigende Sozialleistungen.

Die aktuelle, durch die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) exekutierte Sparpolitik muss beendet werden. Sie führt nur zu Abschwächung des Wirtschaftswachstums bis hin zur Rezession. Stattdessen sind in den Mitgliedstaaten, die gegenwärtig unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu leiden haben, durch Unterstützungsfonds der EU Zukunftsinvestitionen zu initiieren und zu fördern.

• Gegen wen wenden wir uns?

Die Finanzkrise hat ihre Ursachen nicht im Arbeitsunwillen oder gar der Faulheit der Menschen in den „Ländern des Südens“. Sie beruht auf den genannten grundlegenden wirtschaftlichen Ursachen, den beschriebenen wirtschaftlichen Ungleichgewichten innerhalb der EU: Übermäßiges Profitstreben,

kriminelle Steuervermeidung und die mangelnde Bereitschaft, der großen Finanzinstitute und Internationalen Geldanleger, eingegangenen Risiken selbst zu tragen, müssen in der EU wie in den einzelnen Mitgliedstaaten endlich wirksam bekämpft werden. Wir wenden uns daher nicht gegen die Menschen in anderen Ländern, sondern gegen die Zocker und Profiteure – vor allem bei uns, aber auch in den anderen Ländern.

Die aktuelle Staatsverschuldung in den Mitgliedsstaaten der EU wird im Übrigen bei weitem überschritten durch die Höhe der Privatvermögen der Reichen in allen Ländern. Hier muss endlich durch eine wirksame Steuer- und Abgabepolitik eingegriffen werden. Es kommt vor allem auch darauf an, Steuerzahlungen durchzusetzen und die „Steuerparadiese“ weltweit wie auch in der EU selbst trocken zu legen. Im Ergebnis geht es nicht eben nicht um Gegensätze zwischen den Menschen in den verschiedenen Ländern, zwischen Deutschen und Griechen oder anderen. Es geht vor allem um die Gegensätze zwischen oben und unten in Deutschland und in allen anderen Ländern der EU. Erforderlich ist daher eine solidarische internationalistische Zusammenarbeit der Menschen, ihrer Gewerkschaften sowie der sozialistischen und linken Parteien!

Kurt Neumann,
Einleitende Bemerkungen auf dem Schöneberger Maifest am 4. Mai 2013)

DIE LUPE Juni-Juli 2013 5

Wir alle sind Chávez!



Am 9. April 2013 hatten wir den Botschafter der Bolivarischen Republik Venezuela, Seine Exzellenz Rodrigo Chaves, zu Besuch in der Roten Insel. Er eröffnete die ALBA-TCP Ausstellung (Bolivarische Allianz für die Völker Unseres Amerika - Handelsabkommen für die Völker) mit einer kurzen Einführung in die Geschichte Südamerikas und der Karibik. Er schaffte einen weiten Einblick in die Zeiten der Sklaverei und erzählte über die verschiedenen Wege zu einem vereinten Lateinamerika.

Während einige Regierungsvertreter sich auf MERCOSUR (Gemeinsamer Markt Südamerikas, gegründet 1991 mit Argentinien, Brasilien, Paraguay u. Uruguay; Freihandelszone seit 1995; später Chile 1996, Bolivien 1997, Peru 2003, Kolumbien u. Ecuador 2004, und seit 2006 Venezuela) konzentrieren, verfolgen andere die Idee einer anderen, größeren Integration des gesamten Südkontinents und der Karibik (La Gran Patria). Dies erlaubte diesen

Ländern neue Organisationen wie **UNASUR (Union Südamerikanischer Nationen 2007)** und **CELAC (Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten 2011)** zu schaffen, durch die wir Lateinamerika mit anderen Augen betrachten werden.

"Die Karibik zu integrieren war zunächst schwer, als man versuchte Lateinamerika und die Karibik zu vereinen. Nicht wie die USA oder die EU vereint sind, sondern in einem langsamen Prozess, ohne den Respekt für die verschiedenen Kulturen und deren Raum und Zeit zu vernachlässigen. Hier ist die Rede von der **ALBA-TCP**, wo die Solidarität über alles steht!" S.E. Rodrigo Chaves erzählte über die Rückkehr in die Zeiten des Tauschhandels. Da müssten die Länder mittlere Standardwerte schaffen, sodass innerhalb der ALBA-TCP die großen Mitgliedsländer wie z.B. Venezuela nicht die kleineren karibischen Staaten, verschlucken. "Venezuela zahlt pro Tag hunderttausend Barrel Öl an Kuba, als Austausch investiert Kuba in den Kampf gegen den Analfabetismus in Venezuela. Dank der massiven Sportförderung in Kuba konnte Venezuela sein eigenes Sportsystem verbessern. Auch das Gesundheitsversorgungssystem kommt aus Kuba, Kuba ist Experte in der Zuckerrohrproduktion und unterstützt Venezuela dabei, die gleiche Produktionsform zu übernehmen. Dies ist eine solidarische Art und Weise Erdöl mit Kuba zu tauschen. Venezuela verlangt kein Geld für Erdöl, sondern tauscht dieses auch gegen Nahrungsmittel wie z.B. Reis, Fleisch oder Mais, denn Erdöl ist nicht essbar. Das ist die ALBA!"

Nach den Wahlen im Oktober und nach seiner Operation, waren sich in Venezuela 67% sicher, dass Chávez mit Arbeit überhäuft zurück kommen würde. Aber stattdessen mussten wir dem Verlust einer kollektiven Führung und einer Krise gegenüberstehen, was uns sehr schwerfiel. Dies ist die große Herausforderung, die am 14. April auf **Nicolás Maduro** wartet. *¡Wir alle zusammen sind Chávez!*"

Dann zitierte S.E. Genosse Chaves die letzten Worte von Tupac Katari, welcher von vier Pferden, einzeln festgebunden an Händen und Füßen in die vier Windrichtungen gezogen wurde; eine gewöhnliche Tortur mit der *die "Conquistadores"* die Ureinwohner folterten: *"Ich werde zurückkommen und werde Millionen sein!"* S.E. weiter: "Unser Kampf um frei zu sein geht weiter, auch wenn der Weg schwerfällt. Chávez hat die Bedingungen geschaffen um die Wahlen gewinnen zu können. Uns ist bewusst, dass es einen Präsidenten Chávez nur ein mal alle hundert Jahre geben kann."

"Die Herausforderung für Nicolás Maduro am 14. April 2013, dem Wahltag nach Chávez Tod, wird sein, die charismatische Figur einer Regierung zu ersetzen, welche es verstand, sich auf die Probleme und Nöte der Bevölkerung zu konzentrieren. Ob die nächste Regierung das schafft, wird uns die Zeit bestätigen."

Text und Bild: Grace Irazoque

Siehe auch: Granma, 26. April 2013, *"La gran estrategia de Estados Unidos contra Venezuela. ¿Por qué no reconocen la victoria del Presidente Maduro?"*; sowie *"Was können wir Europäer von der ALBA lernen?"* T. Baumann, Die LUPE/MAI 2013

Über Ansichten und Abbildungen von Frauen

Abgeschrieben: Newsletter der Botschaft von Ekuador - April 2013.



"Gemäldeausstellung „Über Ansichten und Abbildungen von Frauen“ der Botschaften der Mitgliedsländer der Bolivarischen Allianz (ALBA) am 25.04.2013 eröffnet. Bis zum 6. Juni 2013 - Datum der Finissage 2013 können Sie die Kunstausstellung „Über Ansichten und Abbildungen von Frauen“

besichtigen.

In dieser Ausstellung organisiert von in Deutschland akkreditierten diplomatischen Missionen der Mitgliedsländer der Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerika (ALBA) finden Sie die Gemälde talentierter Künstler und Künstlerinnen aus diesen Ländern sowie Werke des Bolivianers Sol Mateo, welche den Frauen gewidmet sind. Im Rahmen der Vernissage am 25. April wurde hervorgehoben, dass diese Ausstellung einen Raum für Reflexion, Dialog und interkultureller Debatte öffnen sollte, insbesondere für die Rechte, Ansprüche und das "Empowerment" von Frauen. In ihrer Ansprache machte die Botschafterin Boliviens in Berlin, S.E. Elizabeth Salguero (siehe Foto), aufmerksam auf die weiterhin bestehenden Missstände bezüglich des Alltags von Frauen in Lateinamerika. (...) (www.ecuadorembassy.de). Alle Gemälde sind im Freien Museum, Bülowstrasse 90, 10783 Berlin ausgestellt (...)."

Wir fügen hinzu: Werke der Bolivianerin Carmiña Velasco, der Ecuadorianerin Daniela Bustamante, der Kubanerin Mayra de la Rosa Pérez, der Nikaraguaner Nirlan Santana, Manuel García Moya, der Nikaraguanerinnen June Beer, Rosario Ortiz de Chamorro, der Venezolanerinnen Vicky Prieto und Erika Lahmann konnte man bewundern. In diesen Tagen und am Tag der Finissage (6. Juni) fanden, begleitend zur Ausstellung, eine Reihe von Filmvorführungen und Kurzfilme von Regisseuren aus den ALBA-Ländern statt. Einige waren: "Vochi y los guardianes del bosque" von Adick Rincones; "Die Selbstmordarena" von Roger Mántica; "Titina" von Eduardo López Zavala und "Malegria" von Marcelo Martin u. Daniel Diez, mit der Sänger Manu Chao, welcher mit seinen Texten die moderne Sklaverei und seiner Lebensart die Tücken des Neoliberalismus kritisiert.

Text und Bild: Grace Irazoque

Präsident der Republik Ecuador hält wissenschaftlichen Vortrag in TU Berlin vor 1.700 Anwesenden



Präsident Correa hielt am 16. April um 18.30 Uhr im Auditorium Maximum der Technischen Universität (TU) Berlin den öffentlichen Vortrag "Wege aus der Krise" vor 1.700 interessierten Zuhörern, die zum Abschluss mit stehenden Ovationen und lautem Jubel Ihre Zustimmung bekundeten.

Der ecuadorianische Präsident betonte seine Freude, in Deutschland - „Wiege von Hegel, Marx, Schiller, Goethe, Nietzsche, Heine, Bach und Beethoven“ wie er hervorhob - über die ecuadorianischen Erfahrungen hinsichtlich der Krise zu referieren. Zunächst hob der Regierungschef hervor, dass Ecuador das Land mit der **höchsten Biodiversität der Erde** sei, wenn man die Artenvielfalt auf dem Lande sowie die des Meeres zusammennimmt. Die Integration von Minderheiten wie der Menschen mit Behinderung sei sehr erfolgreich verlaufen: 40.000 Personen mit Behinderung seien in den letzten Jahren in den Arbeitsmarkt integriert worden - das entspreche einer Vollbeschäftigung dieser Personengruppe.

Durch das Schuldenaudit der Regierung der radikaldemokratischen Bürgerrevolution habe Ecuador 8 Milliarden US-Dollar an Schuldendienst eingespart. Der Schuldendienst betrug 2006 noch 24% des Staatshaushalts, 2012 machte er nur noch 5,5% desselben aus. Er erläuterte sehr detailliert, wie die Dritte Welt ab Ende der 1970er Jahre schrittweise als lukratives „Kreditsubjekt“ entdeckt und folglich von internationalen Organisationen wie IWF und Weltbank abhängig wurde. Der IWF habe sich von einem ursprünglich von J.M. Keynes inspirierten antizyklischen Instrument (im Rahmen von Bretton Woods) zum „Wachhund des internationalen Finanzkapitals“ entwickelt, so Präsident Correa. Auch verglich er diese Situation mit den Mechanismen der übermäßigen Verschuldung in Südeuropa und erwähnte hierbei den

ehemaligen Vizepräsidenten der Weltbank Joseph Stiglitz, Wirtschaftsnobelpreisträger und Globalisierungskritiker. Außerdem kritisierte der Staatschef die **Unabhängigkeit von Zentralbanken, durch welche die Makroökonomie auf ein vermeintlich technisches Problem reduziert** würde und bezog sich auf die Beispiele Japan und Südkorea, wo die Anbindung der Zentralbanken an die Politik eine Bedingung für den Aufstieg dieser Länder darstellte. Rafael Correa zi-

tierte zudem in seiner wirtschaftswissenschaftlichen Rede zahlreiche aktuelle Statistiken. Er nannte den deutschen Ökonomen Friedrich List (1789-1846), der zur Theoriebildung über protektionistische Wirtschaftsmodelle maßgeblich beitrug und bereits Mitte des 19. Jahrhunderts für eine intelligente Eingliederung der Nationalökonomie in den Weltmarkt plädierte. Präsident Correa erklärte darüber hinaus, dass Ecuador derzeit



genau das tue, was Deutschland damals unternahm, um eine nationale Industrie nach Kriterien der politischen Ökonomie aufzubauen, das heißt eine gezielte Integration in ausgewählte Märkte zur Vermeidung von asymmetrischen Handelsbeziehungen, sodass die Entwicklungschancen optimiert werden. Er äußerte seine **Besorgnis angesichts der aktuellen Situation in der EU, wo die gleichen Fehler begangen würden wie in Lateinamerika vor dreißig Jahren**. Es gehe darum zu erkennen, wer die Entscheidungen treffe: die Menschen oder das Kapital.

Quelle: Fotos und Text: *Newsletter der Botschaft von Ekuador - April 2013.*
www.ecuadorembassy.de

Fest der Linken

Vom 31. Mai bis zum 2. Juni 2013 fand das Fest der Linken am Rosa-Luxemburg-Platz statt. Zahlreiche Besucher und Besucherinnen sahen sich das umfangreiche Programm und die Diskussionen an: von "Kubas Internationalismus in Lateinamerika am Beispiel der Bolivari-schen Allianz für der Völ-



ker unseres Amerika (AL-BA-TCP)"; Fiesta Cubana; "Blockupy - DIE LINKE und die Euro Krise"; "Wieviel Buen Vivir steckt im Plan B?"; "Chile - 40 Jahre nach dem Putsch"; "Teures Wohnen"; "Linke Europagespräche"; "Kunst gegen Bankenmacht" bis "Und wo



droht Al-qaida jetzt?". Mit der bürgerlichen Presse auf der Bühne gab es Podiumsdiskussionen, Filme wurden auch gezeigt. Dies wurde begleitet von "Das lange Wochenende der Jungen Welt-Ladengalerie" mit vielen Büchervorstellungen: "Wider den Zeitgeist Band 2" von Mosche Zuckermann, "Are we all wounded...?" von Liselotte Welskopf-Henrich; "Reform und Revolution, Wer entkommen will braucht Glück", Brechts Poesie mit Klavierbegleitung; "Stalin, Geschichte und Kritik einer schwarzen Legende" von Domenico Losurdo; "Revolution für Europa" mit Diether Dehm; "Wohin steuert Venezuela?" mit André Scheer und Katja Klüßendorf über die Wahlen in Venezuela. Ein gelungenes Fest mit viel Sonne und viel Regen und vor allem sehr viel guter Laune!

DIE LINKE.

**Tempelhof - Schöneberg
Bezirksgeschäftsstelle:**

Feurigstr. 68,
10827 Berlin
Öffnungszeiten:
Di. u. Do: 11 - 18 Uhr
Fr: 11 - 15 Uhr
Telefon: 21 99 71 40
Fax: 217 29 26
e-Mail: bezirk@die-linke-tempelhof-schoeneberg.de

Webseite:
www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

**Termine in der Roten Insel
Mitgliederversammlung:**

Telefonisch erfragen
Bezirksvorstand

10., 24.07., 19.45 Uhr

Basisorganisationen:

BO Schöneberg

09.07. um 19 Uhr

BO Tempelhof

Telefonisch erfragen

BO Arbeit-Soziales

29.07., 19 Uhr

BO Migration und Antirassismus

Telefonisch erfragen

Arbeitskreis

Kommunales (AKK)

siehe bitte S. 3

Sondertermine:

Inselgespräche

13.07. um 15 Uhr

Jobcenter-Tag

Telefonisch erfragen

Wahlkampfseminar

06.07. 10 Uhr, nur mit

Anmeldung!

Wahlaktiv

10., u. 24.07., um

18.30 Uhr

Flüchtlingsberatung
Di. 11 Uhr und
ALG 2 Beratung
Di. 13 Uhr mit
Klaus Jürgen Dahler
in der Roten Insel

„Ja, ich unterstütze DIE LINKE!“

Und dafür gibt es viele Gründe: Eine starke LINKE kann vieles verändern, wie wir an den aktuellen Debatten über Mindestlohn und Steuergerechtigkeit oder an der Abschaffung der Praxisgebühr sehen. Zugleich zeigen die aktuellen Versuchen vieler Medien (und nicht zuletzt der SPD), die Agenda 2010 trotz ihrer verheerenden sozialen Auswirkungen schön zu reden: Eine starke LINKE ist auch weiterhin dringend notwendig. Schon wird mit einer Agenda 2020 gedroht. Wenn Koalition, SPD, Grüne und die Unternehmen von „Wettbewerbsfähigkeit“ sprechen, dann wissen wir: Es wird ein weiterer Angriff auf unsere Löhne, Renten und Sozialtransfers vorbereitet. Deshalb: DIE LINKE stark machen! Wer den Wahlkampf der LINKEN im Tempelhof-Schöneberg unterstützen will, kann sich ab sofort als Unterstützer/in anmelden: unter LINKSAKTIV 2013

Siehe Auch WAHLAKTIV:
www.die-linke.de/linksaktiv2013/aktivierung

Ich mache aktiv im Wahlkampf mit!

Ja, ich möchte im Bundestagswahlkampf aktiv werden und meine Ideen und mein Engagement und mein Wissen einbringen. Bitte haltet mich über die weiteren Pläne auf den Laufende und informiert mich über konkrete Wahlkampfaktivitäten!

Name, Vorname	E-Mail Adressen
PLZ, Ort	Straße, Nr.
Telefon	Mobiltelefon
Ich bin Mitglied der LINKEN	Ja Nein
	Ich Möchte Mitglied werden

Ort, Datum, Unterschrift
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Kennwort "Linksaktiv2013", Fax:030 -24 00 92 80
Rückfragen: Linksaktiv@die-linke.de oder Tel: 030 -24 00 91 11, www.linksaktiv.de

Mieter-Aufruf: Gentrifizierung - Wir sind an Ihren Erfahrungen interessiert!

DIE LINKE als kleine Partei in einem großen Bezirk kann nicht überall sein. Wir wollen aber herausfinden, in welchem Umfang und mit welchen Methoden sich Ihre Nachbarschaft verändert. Warum Mieter mit kleinem Einkommen wegziehen müssen und sich die sogenannte „Aufwertung“ von Kiezen breit macht.

Deswegen bitten wir Sie um Informationen: Wo werden aufwändige Sanierungen geplant, verbunden mit der Ankündigung erheblicher Mietsteigerungen? Wo werden ganze Häuser „leergezogen“ um grundzusanieren und anschließend in Eigentumswohnungen umzuwandeln? Wo werden Wohnungen zu Ferienwohnungen umgewandelt oder bereits als solche genutzt? Wo werden die weitgehenden Mieterhöhungsspielräume extrem ausgenutzt? Wo werden Wohnungswechsel zu extremen Mieterhöhungen genutzt? Wo müssen Hartz-IV-

Haushalte Wohnungen räumen, weil sie eine Aufforderung des JobCenters erhielten, ihre Mietkosten zu senken?

Wir wollen Ross und Reiter nennen, weil wir nicht nur aus nüchternen Statistiken die Änderung der Lebensumstände von so vielen Menschen in unserem Bezirk bewerten wollen. Wir wollen diese Erfahrungs- und Wissenssammlung in politische Initiative umsetzen: krasse Fälle öffentlich machen, die Vernetzung und den Widerstand unterstützen und im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene parlamentarische Initiativen anstoßen.

Helfen Sie uns dabei!
Mieter-Notrufe an: Mi. 15-17 Uhr: 902 77 48 98
Per E-Mail an Linke.BVV.TS@googlemail.com
oder per Post an: DIE LINKE, Feurigstraße 68, 10827 Berlin

Impressum Herausgeber: DIE LINKE Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Redaktion: DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg, Konto: 525 607 806, Berliner Bank, BLZ: 100 708 48, Erscheinungsweise: 10-12x jährlich Auflage: 1.000 Exemplare, V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Carsten Schulz, Layout: Grace Irazoque, Druck: Bunter Hund; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/r Autors/In wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion oder des Bezirksvorstandes. **Textabgabe-Termin ist jeden 15. des Monats**, für die Juni-Juli Nummer war sie am 15.05.2013., **Juni-Juli 2013 Planung:** 06.05.2013. **Juni-Juli Schlussredaktion:** 20.5./12.06.2013., **August 2013 Planung** 03.07.2013 und **August-Schlussredaktion** 25.06.2013 nur nach Absprache! Diese Nummer erscheint auch **online** voraussichtlich am 20.06.2013, in Druckversion erscheint sie am 29.06.2013. http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/